

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
175 · Ausgabe BL·BS · Mai 2018

SP

Vorsicht Abbaufalle!

STEUERSenkUNGEN FÜR UNTERNEHMEN, GUTVERDIENER UND GROSSERBEN – ABBAU BEI SOZIALLEISTUNGEN, SCHUTZ VOR AUSBEUTUNG UND SERVICE PUBLIC. WÄHREND DIE ABBAUFALLE IN BASELSTADT LÄNGST ZUGESCHNAPPT HAT, MUSS BASEL-STADT ZUSEHEN, NICHT OHNE NOT HINEINZUGERATEN.

In Baselland längst zugeschnappt

Im Baselbiet waren die Finanzdirektion, der Landrat und die Regierung in den letzten Jahrzehnten fest in bürgerlicher Hand. Unter dieser Führung spitzte sich die finanzielle Lage des Kantons zu. Bis 1990 konnte ein kontinuierliches Wachstum in der Erfolgsrechnung verzeichnet werden. Danach entschleunigte sich dies und ab 2000 kehrte der Trend vollends. Diese Entwicklung widerspiegelt verschiedene steuerpolitische Massnahmen der letzten 15 Jahre. Der erste grosse Einbruch folgte auf die Abschaffung der Erbschaftsteuer für direkte Nachkommen im Jahr 2000 und die Steuerpakete 1, 2 und 3 von 2001. Darauf folgten elf weitere fiskalpolitische Massnahmen, die praktisch alle zu Einnahmeausfällen des Kantons führten. Mit Ausnahme der Steuergesetzrevision von 2006, die eine erfreuliche Minderbelastung von 40 Mio. CHF für tiefere Einkommen brachte, wirkten sich die anderen Steuergesetzrevisionen vornehmlich zugunsten der Unternehmen und Grosserben aus.

Politisch gewollt

Die von insgesamt 180 Mio. CHF pro Jahr ausgewiesenen Einnahmever-



Samira Marti,
Vizepräsidentin SP BL



Livia Diem,
Parteisekretärin SP BS

luste decken sich ziemlich genau mit den wiederholten Spar- und Abbaupaketen und entlarven deshalb diese Politik als das, was sie ist: Ein politisch gewolltes, neoliberales Projekt der Steuersenkungen und des Abbaus des Staates und des Service Public. Die Auswirkungen äussern sich drastisch sichtbar bei einer Bilanz der kantonalen Investitionen. 2005 brachen diese unter dem Spardruck regelrecht ein.

Das Baselbiet steht mit dieser Entwicklung nicht alleine da. Die allermeisten Kantone und Gemeinden werden heute überrollt von Abbaumassnahmen in den Bereichen Bildung, Soziales, Kultur und öffentlicher Verkehr. Doch wie im Baselbiet ist dieses Aushungern des Staates und somit des Öffentlichen und des politisch Verhandelbaren kein Zufall, sondern menschengemacht. Nur mit linken Mehrheiten kann diese Entwicklung aufgehalten werden.

Soziales Basel erhalten

Basel-Stadt ist dabei ein wichtiger Gegenentwurf. Seit mehr als zehn Jahren schrieb der Kanton jedes Jahr unter rot-grüner Regierungsmehrheit grosse Überschüsse. Aber auch Basel-Stadt ist nicht vor der

Ideologie des schlankestmöglichen Staates und der sinkenden Steuern gefeit. Trotz erneuter Überschüsse fordern die bürgerlichen Parteien im Stadtkanton eine pauschale Ausgabenbremse für 2019. Im Grossen Rat haben sie ein Budgetpostulat der GLP zur Einfrierung der Ausgaben durchgedrückt. Weil aber im Bildungs- und im Gesundheitswesen die Kosten durch das Bevölkerungswachstum automatisch ansteigen, müssen diese nun andernorts eingespart werden. So muss der Kanton ohne jede Not Abbauprogramme aufgleisen. Die Befürchtung liegt nahe, dass diese den sozialen Bereich betreffen werden. Die SP Basel-Stadt hat deswegen eine Petition zum Erhalt des sozialen Basels lanciert, welche drei Basler Errungenschaften in den Vordergrund stellt: Die seit Jahren an die Teuerung angepassten Prämienverbilligungen, die EL-Beihilfen zu AHV und IV sowie die Familienmietzinsbeiträge.

Egal, an welchem Punkt die Kantone stehen: Sowohl in Baselland als auch in Basel-Stadt ist eine starke SP nötig, die sich konsequent gegen das Mantra der bürgerlichen Abbauideologie wehrt und für den Erhalt und (Wieder-)Ausbau des sozialen Ausgleichs und Friedens einsetzt.

AUSBLICK AUF DIE KANTONALEN WAHLEN 2019

Zukunft statt Abbau – nur mit uns!



Von Jonas Eggmann,
Wahlkampfleiter

Die Niederlage bei den kantonalen Wahlen 2015 war hart für die SP Baselland. In der Zwischenzeit aber hat sich die Partei erneuert, kommuniziert offensiver und verständlicher und ist näher zu den Leuten gerückt. Die SP ist damit die Partei, die bei der rechten Macht-elite aneckt, und die Partei, die mit ihren Positionen bei der Bevölkerung ankommt.

Mitwirken an der Vision eines sozialdemokratischen Baselbiets

Diese Botschaft wollen wir auch bei den Wahlen 2019 in den Mittelpunkt rücken: Eine umfassende Wahlplattform wird die Basis für unseren Wahlkampf legen. In ihr stellen wir unsere Vision eines sozialdemokratischen Baselbiets vor. Zu dieser Wahlplattform – online abrufbar unter www.sp-bl.ch/wahlplattform – können von den Sektionen, den Gruppierungen oder von mindestens drei Mitgliedern bis Ende Juli Anträge gestellt werden. An der Wahldelegierten-Versammlung vom 25. August wird die Wahlplattform dann diskutiert und verabschiedet.

Nominierungen für Regierung und Landrat

An der gleichen DV nominieren wir auch die Kandidierenden für den Landrat. Über die Nomination für die Regierungswahl – zu der wir gemäss Beschluss der GDV mit einer Einerkandidatur antreten – entscheiden wir schon an einer ausserordentlichen DV am 20. Juni.

Basiskampagne: Wir reden mit den Menschen und nicht über sie

Ein starkes Programm und starke Persönlichkeiten alleine genügen aber nicht. Unsere Wählerinnen und Wähler müssen auch wirklich an die Urne gehen. Bei den letzten Wahlen verpassten wir zusätzliche Sitzgewinne teilweise nur sehr knapp. Für die alles entscheidende Mobilisierung setzen wir deshalb ganz auf die erprobte und erfolgreiche Basiskampagne. Neben dem Mobilisierungseffekt stärken wir dadurch unsere Sektionen und Mitgliederbasis nachhaltig.

Deshalb setzen wir auch nochmals zu einer Mitgliederoffensive an (mit deiner Unterstützung rufen wir unsere SympathisantInnen an): Wann, wenn nicht jetzt, ist der Zeitpunkt, um sich aktiv für eine soziale, ökologische und fortschrittliche Politik einzusetzen. Denn ein Baselbiet mit Zukunft statt Abbau gibt es nur mit uns. Jetzt und erst recht am 31. März 2019.

GDV DER SP BASELSTADT

An der Geschäftsdelegiertenversammlung der SP BL vom 14. April 2018 ist die im letzten «Links» vorgestellte Statutenrevision einstimmig angenommen worden: An die Stelle der Sektionskonferenz tritt die nun viermal jährlich tagende Koordinationskonferenz; zudem wurde die Geschäftsleitung auf 10 Mitglieder verkleinert.

Bei den Wahlen wurde das Präsidium mit Adil Koller als Präsident und Caroline Rietschi und Samira Marti als Vizepräsidentinnen glanzvoll bestätigt.



Tagespräsident Peter Schmid stellt an der GDV den Antrag zur Wiederwahl von Adil Koller als Parteipräsident.

SCHULRAT GYMNASIUM LIESTAL

Aufgrund des Rücktritts von Elsbeth Schmied, der wir für ihren langjährigen Einsatz herzlich danken, kann die SP Baselland einen Wahlvorschlag für den frei gewordenen Sitz im Schulrat des Gymnasiums Liestal einreichen. Wer sich für dieses Amt interessiert, schickt ein Motivationsschreiben sowie den Lebenslauf bis zum 31. Mai 2018 an Parteisekretär Ruedi Brassel, 061 921 91 71 (ruedi.brassel@sp-bl.ch).

Die GL der SP Baselland wird im Juni über den Wahlvorschlag der SP befinden und diesen bei der Bildungsdirektion einreichen.

PAROLEN FÜR DEN 10. JUNI 2018

Parolen kantonal

Änderung des Bildungsgesetzes betreffend Stufenlehrpläne	JA
Initiative «Stopp der Überforderung von Schüler/-innen Eine Fremdsprache auf der Primarstufe genügt»	NEIN
Änderung des Bildungsgesetzes: Ersatz Bildungsrat durch Beirat Bildung	NEIN
Änderung Raumplanungs- und Baugesetz: Aufhebung der Gebührengrenze	JA

Parolen national

Vollgeld-Initiative	NEIN
Geldspielgesetz	JA

AGENDA SP BL

- Sonntag, 10. Juni 2018
Abstimmungssonntag
Parolen siehe Überblick
- Mittwoch, 13. Juni 2018, 19.30 Uhr
Koordinationskonferenz
Markthalle Basel
- Mittwoch, 20. Juni 2018, 19.30 Uhr
a. o. Delegiertenversammlung mit Nomination Regierungskandidatur
Martinshof, Liestal
- Donnerstag, 28. Juni 2018
Fraktionsausflug und Landratspräsidentenfest für Hannes Schweizer Oberdorf

4 x Ja für eine soziale und aktive Wohnpolitik

DER WOHNRAUM IN BASEL WIRD IMMER KNAPPER, DIE MIETEN STEIGEN. ÜBER 80 PROZENT DER BASLER WOHNBEVÖLKERUNG IST IN MIETE ZU HAUSE. MIT VIER KANTONALEN INITIATIVEN KÖNNEN WIR IHRE RECHTE VERBESSERN. DESHALB MÜSSEN WIR JETZT ALLES DARANSETZEN, IM JUNI VIERFACHES JA ZU ERREICHEN.

Wohnen ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Im Kanton Basel-Stadt besteht mit einer Leerstandsquote bei Wohnungen von 0,5 % (2017) seit Jahren Wohnungsnot. Die Wohnproblematik ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit betroffen sind, nimmt laufend zu und trifft unterdessen Menschen aller Altersgruppen mit den unterschiedlichsten Berufsqualifikationen. Ein Teil der Wohnungslosen stammt aus «normalen» Verhältnissen und ist beispielsweise durch Trennung, Arbeitsplatzverlust oder längere Krankheit in eine Spirale von Armut, Schulden und Wohnungskündigung geraten.



Georg Mattmüller, Grossrat



Tanja Soland, Grossrätin

geraten, die psychisch stark belastet und enorme Folgekosten verursacht.

Die Initiative **Recht auf Wohnen** verpflichtet den Kanton Basel-Stadt zu Massnahmen, damit alle im Kanton wohnhaften Personen einen bedarfsgerechten und zahlbaren Wohnraum haben. Die gesetzliche Ausgestaltung des Verfassungszieles unterliegt wie alle Verfassungsnormen dem demokratischen, parlamentarischen Prozess. Der geforderte Verfassungstext hat Grundrechtscharakter, beim Wohnen handelt es sich um ein Grundbedürfnis jedes Menschen.

Drei Mal mehr Schutz für MieterInnen

Der deutlich überdurchschnittliche Anstieg der Mieten im Kanton Basel-Stadt (16,6 % zwischen 2005 und 2016 gemäss dem Statistischen Amt) belastet die tiefen und mittleren Einkommen stark. Viele Menschen haben Mühe, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Die drei Initiativen des MieterInnenverbandes zielen darauf ab, dass das Wachstum der Mietzinsen gedämpft wird:

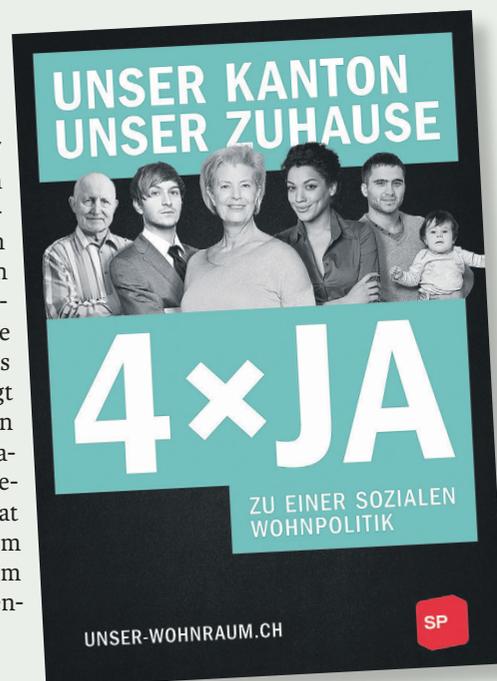
Die Initiative **«Ja zu bezahlbaren Neumieten»** verlangt die Einführung der Formularpflicht bei der Anfangsmiete, die bestehende Miete muss dabei deklariert werden. Damit soll ein unverhältnismässiger Mietzinsanstieg bei einem Mieterwechsel verhindert werden. Die Regelung kommt bei einer Leerstandsquote bei Wohnungen von 1,5 Prozent oder weniger zum Tragen.

Mit der Gesetzesinitiative **«Ja zu bezahlbaren Mietgerichtsverfahren»** sollen bei Mietstreitigkeiten (nicht bei sehr teuren Woh-

nungen) die Gerichtsgebühren am Zivil- und Appellationsgericht auf maximal 500 Franken begrenzt und Parteientschädigungen ausgeschlossen werden. Damit sollen die Kosten für alle transparenter und bezahlbarer werden.

Weiter will die **Wohnschutzinitiative** betagten Mieterschaften den Umzug in teure neue Logis oder Heime ersparen. Dazu sieht sie bei Leerwohnungsbeständen unter 1,5 Prozent Massnahmen vor, wie eine Bewilligungspflicht für Renovationen, Umbauten und Abbruch von bezahlbaren Wohnungen. Sie verlangt dazu strengere Regeln bei Totalanierungen von Mehrfamilienhäusern. Diese Massnahmen sollen zudem mit einer Mietzinskontrolle verbunden werden.

Über 80 % aller BewohnerInnen von Basel sind in Miete zu Hause. Die Initiativen bringen mehr Schutz für Mieterinnen und Mieter und helfen, den Trend eines stetig stärkeren Mietzinsanstiegs zu brechen.



PAROLEN FÜR DEN 10. JUNI 2018

Parolen kantonal

Initiative «Recht auf Wohnen»	JA
Initiative «Wohnen ohne Angst vor Vertreibung. JA zu mehr Rücksicht auf ältere Mietparteien (Wohnschutzinitiative)»	JA
Kantonale Initiative «Mieterschutz beim Einzug (JA zu bezahlbaren Neumieten)»	JA
Kantonale Initiative «Mieterschutz am Gericht (JA zu bezahlbaren Mietgerichtsverfahren)»	JA

Parolen national

Vollgeld-Initiative	NEIN
Geldspielgesetz	JA

AGENDA SP BS

- Sonntag, 10. Juni 2018
Abstimmungssonntag
Parolen siehe Überblick
- Samstag, 26. Mai 2018, 9.30 – 15.30 Uhr
Parteitag: «Basel für alle 2035»
Restaurant Rialto, Birsigstrasse 45, Basel
- Freitag, 22. Juni 2018, 18.00 Uhr
Sommerfest
Aktienmühle, Gärtnerstrasse 46, Basel
- Donnerstag, 28. Juni 2018, 20.00 Uhr
Delegiertenversammlung
Unionssaal, Volkshaus Basel

AUS DEM GROSSEN RAT

SP-Fraktion schnürt Bildungspäckli

IM BILDUNGSSYSTEM GAB ES ERST VOR KURZER ZEIT GROSSE VERÄNDERUNGEN. DIE SP MÖCHTE ES VERMEIDEN, NOCH WEITERE UNRUHE VERMEIDEN. TROTZDEM HÄLT DIE FRAKTION DEN FINGER AUF DIE KNACKPUNKTE.

Die Volksschulen im Kanton Basel-Stadt haben eine intensive Zeit hinter sich. Neben den Anpassungen im Rahmen der Harnos-Reform haben die Konzepte der integrativen Schule, der teilautonomen Organisation der Schulen und der neuen Lehrpläne auf allen Stufen grosse Umwälzungen gebracht. Dieser Prozess hat vor allem – den Lehr- und Fachpersonen an den Schulen, aber auch den Schülerinnen und Schülern viel Engagement, Durchhaltewille und Geduld abverlangt. Für diesen grossen Einsatz bedanken wir uns bei allen sehr.

Justierungsvorschläge

Ende Juni beenden nun die ersten Schülerinnen und Schüler der harmonisierten Schule ihre obligatorische Schulzeit und treten in eine Be-

rufslehre oder eine weiterführende Schule ein. Dies war Anlass für die SP-Fraktion, kritische Fragen zur Auswertung der gemachten Erfahrungen zu stellen und erste Justierungsvorschläge zu machen.

Ein wichtiges Thema sind erneut die Tagesstrukturen. Deren Aufbau ist eine Erfolgsgeschichte. In Sachen didaktische Konzepte und Kapazitäten sind nun weitere Verbesserungen angezeigt im Sinne einer besseren Betreuung der Schülerinnen und Schüler sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Weiter sind die frühe Förderung, die Berufswahl, die Schulsozialarbeit, die Nachholbildung, der HSK-Unterricht und nicht zuletzt die Arbeitsbedingungen im Bereich Bildung im Kanton wichtige Anliegen der SP.



Franziska Roth, Gross- und Einwohnerrätin



Claudio Miozzari, Grossrat

Erst einmal setzen lassen

Die SP setzt sich bisher, heute und in Zukunft vehement ein für einen breiten Zugang zur Bildung. Zudem ist der SP sehr bewusst, dass die Volksschulen nach den grossen Veränderungen erst mal zur Ruhe kommen müssen. So sind Forderungen nach Rückgängigmachen einzelner Neuerungen nicht angezeigt, da sie wiederum Unruhe in den Unterricht bringen und der dringend nötigen Konsolidierung nicht förderlich sind. Die Fraktion wird anhand der Antworten auf die in den Vorstössen gestellten Fragen weitere konkrete Verbesserungsvorschläge erarbeiten und darauf achten, dass diese Vorschläge den Lehrpersonen und den Schülerinnen und Schülern dienen.

AUS DEM LANDRAT

«Sozial gestalten»

Diesen April hat die Baselbieter Regierung zum ersten Mal seit zehn Jahren schwarze Zahlen präsentiert. Um genauer zu sein: 67,4 Millionen Franken Überschuss werden in der Rechnung ausgewiesen. Dieser Überschuss gründet aber auf Jahre des Abbaus, des totalen Abbaus in der Bildung, bei Prämienverbilligungen, beim Kantonspersonal, in der Kultur und beim öffentlichen Verkehr. Und beinahe alle Massnahmen treffen in erster Linie Personen mit tiefem und mittlerem Einkommen schwer. Wir verlangen, dass dieser Abbaukurs nun ein Ende findet.

Es ist definitiv an der Zeit und berechtigt, wieder Forderungen zu stellen. Die SP-Fraktion hat deshalb ein Vorstosspaket zur Sozialpolitik vorgelegt. Dies, nachdem wir in den letzten Monaten schon Vorstosspakete zur Bildung, zur Integrationspolitik, zur Familienpolitik und zur Wohnpolitik eingereicht hatten.



Miriam Locher, Präsidentin der SP-Landratsfraktion

Ein Grundsatz, hinter dem die SP seit eh und je steht, ist es, dass Kinder kein Armutsrisiko sein dürfen. Um zu verhindern, dass Familien in die Armut abgleiten, braucht es Präventionsangebote ebenso wie Ferienbetreuung und Ergänzungsleistungen für Familien. Mit der Motion für präventive Massnahmen zum Kindeswohl fordern wir, die Möglichkeit zur unentgeltlichen Inanspruchnahme einer sozialpädagogischen Familienbegleitung, wenn sie durch die KESB im Sinne einer präventiven Massnahme angeordnet wird. Kinderreiche Familien haben ein besonders grosses Armutsrisiko. Dieses soll, insbesondere für Working-Poor-Haushalte, durch die Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für Ergänzungsleistungen für Familien aufgefangen werden. Wie in anderen Kantonen fehlen auch in Baselland ausreichende Ferienbetreuungsangebote für Familien, in denen alle El-

ternteile arbeiten. Ein entsprechendes Angebot ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit und brächte auch dem Kanton einen Return on Invest.

Unsere Vorstösse gehen eine Vielzahl von Brennpunkten in der Sozialpolitik an: Wir wollen eine Verpflichtung für Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden, Teilzeitarbeit anzubieten. Zudem werden Teilzeitangebote auch auf Führungsebene verlangt. Es geht um eine bessere Durchmischung bei der Quartierplanung und um eine Strategie für eine soziale Raumplanung sowie um die Schaffung einer Ombudsstelle Gleichstellung.

Wir wollen das Baselbiet sozial gestalten. Es muss endlich auch wieder investiert werden, gerade auch in die sozialen Anliegen. Denn hier, beim Wohl der Schwächsten, erhält unser Slogan «Zukunft statt Abbau» existentielle Bedeutung. Für diese Interessen setzen wir uns mit diesem Vorstosspaket ein.